

	<b>Anfragen-Nr.</b>	
	<b>AF-0431/2013</b>	

# Anfrage

Herr Patrick Wieschke  
Fraktionsvorsitzender der  
NPD-Stadtratsfraktion

<b>Betreff</b>
<b>Anfrage der NPD-Stadtratsfraktion - Muslimischer Gebetsraum am Karlsplatz</b>

## I. Sachverhalt

Gerüchten zufolge soll die Oberbürgermeisterin versucht haben, den einst in der Sophienstraße 12 befindlichen Gebetsraum für in Eisenach lebende Muslime im Bürgerhaus unterzubringen. Als das nicht gelang, soll sie vermittelnd bei der Anmietung der nun genutzten Räume am Karlsplatz 20 tätig gewesen sein. Einer der dort gemieteten Räume soll als Anlaufstelle für potentielle Konvertiten dienen und ist somit öffentlich zugänglich.

## II. Fragestellung

Trifft oben genannte Darstellung zu? Wenn Nein, in welcher Form waren und sind die Oberbürgermeisterin bzw. Mitarbeiter der Verwaltung für die Nutzer des Gebetsraumes hinsichtlich ihrer Räumlichkeiten tätig bzw. im Gespräch?

1. Welcher Verein bzw. welche Organisation ist Träger/Mieter der Räume?
2. Beabsichtigt die OB, die Eisenacher Bürger über die Einrichtung in Kenntnis zu setzen und eine Eintragung auf der Internetseite der Stadt in der Rubrik „Kirchen & kirchliche Einrichtungen“ vorzunehmen?
3. Ist eine derartige Nutzung baurechtlich im genannten Gebäude zulässig, und wenn Ja, auf welcher Rechtsgrundlage?

Herr Patrick Wieschke  
Fraktionsvorsitzender der  
NPD-Stadtratsfraktion



# EISENACH

die WARTBURGSTADT



Stadtverwaltung · Postfach 1462 · 99804 Eisenach

Herr Patrick Wieschke  
Fraktionsvorsitzender der  
NPD-Stadtratsfraktion

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Datei, unsere Nachricht vom

Datum  
13.03.2013

## **Beantwortung der Anfrage AF-0431/2013**

ich beantworte Ihre Anfrage wie folgt:

Die in den Vorbemerkungen und einzelnen Fragen formulierten Darstellungen entsprechen nicht der Wahrheit.

Erkenntnisse über den Träger oder Mieter liegen nicht vor.

Die Oberbürgermeisterin lässt sich nicht für die menschenverachtende Öffentlichkeitskampagne der NPD missbrauchen.

Planungsrechtlich ist eine solche Nutzung entsprechend der Baunutzungsverordnung und des Baugesetzbuches zulässig. Das konkrete Verfahren nach Thüringer Bauordnung erfolgt im Rahmen des übertragenen Wirkungskreises.

gez. Katja Wolf  
Oberbürgermeisterin